

Stefan Rinke

VON MONROE ZU TRUMP

Eine kurze Geschichte
der US-Interventionen
in Lateinamerika



HERDER

wbg Theiss

Stefan Rinke
Von Monroe zu Trump

Stefan Rinke

VON MONROE ZU TRUMP

Eine kurze Geschichte der
US-Interventionen in Lateinamerika

wbgTheiss

HERDER 

FREIBURG · BASEL · WIEN

wbg Theiss ist ein Imprint der Verlag Herder GmbH

© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2026
Hermann-Herder-Str. 4, 79104 Freiburg
Alle Rechte vorbehalten
www.herder.de

Bei Fragen zur Produktsicherheit wenden Sie sich an
produktsicherheit@herder.de

Satz: ZeroSoft, Timișoara
Karten: © Peter Palm, Berlin
Herstellung: GGP Media GmbH, Pößneck
Printed in Germany

ISBN Print: 978-3-534-61210-9
ISBN E-Book (E-Pub): 978-3-534-61241-3
ISBN E-Book (PDF): 978-3-534-61254-3

Inhalt

Einleitung.....	7
Kapitel 1 Kolonialreiche und die Erfindung einer amerikanischen Sphäre	13
Kapitel 2 Manifest Destiny und die Erfindung des Interventionsraums...	25
Kapitel 3 Panamerika und die neue Sprache der Hegemonie	41
Kapitel 4 Die Anfänge des Imperiums.....	51
Kapitel 5 Der Aufstieg des Antiinterventionismus	65
Kapitel 6 Von der Weltwirtschaftskrise zur „guten Nachbarschaft“.....	79
Kapitel 7 Der Kalte Krieg und die Rückkehr des Interventionismus.....	93
Kapitel 8 Staatsterrorismus und Stellvertreterkriege in der „Dritten Welt“	107
Kapitel 9 Diffuse Bedrohungen seit 1990.....	121
Ausblick.....	139
Literatur.....	147
Karten	156
Anmerkungen	158

Einleitung

In den frühen Morgenstunden des 3. Januar 2026 wurde Caracas von Explosionen und Stromausfällen erschüttert. Während über der Hauptstadt Kampfflugzeuge und Drohnen operierten, drangen US-Spezialkräfte in ein gesichertes Areal vor und nahmen Präsident Nicolás Maduro sowie seine Frau Cilia Flores fest, um beide anschließend außer Landes zu bringen und in den USA vor Gericht zu stellen. US-Stellen rahmten die Aktion als außergewöhnliche, „präzise“ Operation im Kontext eines Anti-Drogen-Kampfes. Venezolanische Regierungsvertreter sprachen hingegen von einer Entführung und einem eklatanten Bruch von Souveränität und Völkerrecht.¹ Die unmittelbaren Folgen machten sichtbar, wie schnell eine solche Intervention Regimefragen, Rechtsbegriffe und geopolitische Ordnungsnarrative ineinanderschiebt. In Caracas übernahm Delcy Rodríguez als amtierende Staatschefin zentrale Funktionen, während im Land größere Proteste und Gegenmobilisierungen aufflammten. Parallel öffneten sich neue Spielräume für Wirtschaftssanktionen und politische Neujustierungen zwischen Washington und Caracas.²

Gerade in dieser Gleichzeitigkeit von militärischer Machtdemonstration, juristischer Rahmung als „Festnahme“, moralischer und sicherheitspolitischer Rechtfertigung und regionaler Polarisierung verdichtet sich ein Grundmuster interamerikanischer Geschichte. Die Beziehungen zwischen den anglo- und den lateinamerikanischen Teilen des Doppelkontinents waren nie nur gute Nachbarschaft, sondern stets auch ein konflikthafte Feld von Nähe und Abhängigkeit, Bewunderung und Ressentiment, Kooperation und Dominanz. Der 3. Januar 2026 wirft damit ein grelles Schlaglicht auf das Thema dieses Buches. US-Interventionismus ist aber nicht bloß eine Serie spektakulärer Eingriffe. Er ist auch eine historische Praxis, die sich aus wechselnden Motiven, Instrumenten und Legitimationen speist und die in Lateinamerika seit langem auf Gegenwehr trifft.

Dieses Buch untersucht die Geschichte des US-Interventionismus in Lateinamerika von den Anfängen bis heute. Die Darstellung reicht von frühen hemisphärischen Ordnungsvorstellungen über klassische Formen der Kanonenbootdiplomatie, verdeckte Operationen und ökonomischen Druck im Zeichen des Kalten Krieges bis zu den heutigen Mischformen aus Sicherheits-, Sanktions-, Migrations- und Informationspolitik. Es geht um wechselnde Formen von Macht, Rechtfertigung und Widerstand, denn Lateinamerika war niemals nur Objekt US-amerikanischer Politik. Lateinamerikanische Akteure gestalteten die Beziehungen aktiv durch Diplomatie, kulturelle Selbstbehauptung, Revolutionen und auch durch die Aneignung und Umdeutung jener Begriffe, mit denen Interventionen legitimiert wurden.

Interventionismus ist ein vieldeutiger Terminus. In diesem Buch geht es um die zahlreichen direkten und indirekten Formen der Einflussnahme seitens der Vereinigten Staaten in Lateinamerika. Interventionismus ist mehr als nur Invasion. Er reicht von „harter“ Gewalt bis zu „weichen“ Steuerungsformen. Militärisch beinhaltet er Truppenlandungen, Besatzungen, Blockaden und Drohkulissen. Indirekte bzw. verdeckte Formen des Interventionismus umfassen unter anderem die Unterstützung von Putschen, Geheimdienstoperationen, paramilitärische Hilfe und Berater-Missionen. Die ökonomischen Instrumente der Intervention reichen von Sanktionen über Kredit- und Handelspolitik bis hin zum Zugriff auf oder zur Vorenthaltung von Ressourcen. Auch die diplomatischen oder politischen Interventionen sind mannigfaltig. Sie umfassen Einfluss in regionalen Organisationen, Vermittlung in Konflikten, die Anerkennung oder Nichtanerkennung von Regierungen oder die außenpolitische Isolierung. Der Begriff zielt damit auf ein breites Feld politischer Steuerung.

Hinzu kommt eine Ebene, die nur selten in einschlägigen Darstellungen berücksichtigt wird, jedoch gerade in den Beziehungen zwischen Lateinamerika und den USA eine wichtige Rolle spielt, die kulturelle und ideologische Dimension. Dem liegen der Export von Ordnungs- und Modernisierungsvorstellungen aus den USA,

die Behauptung der Deutungshoheit über Konzepte wie Demokratie, Sicherheit oder Entwicklung zugrunde. In Lateinamerika wird der Import von mit den USA assoziierten Lebensstilen, Waren und Populärkulturen oft als „friedliche Durchdringung“ empfunden, als eine Form der Intervention, die unmerklich vor sich geht und das Innere der eigenen Kulturen bedroht. Auch diese Dimension wird in diesem Buch berücksichtigt. Dabei gilt es zu bedenken, dass die Beziehungen der Americas keine Einbahnstraße sind. Gegensatzpaare wie „wohlwollende Modernisierer vs. traditionelle Empfänger“ oder „imperiale Täter vs. passive Opfer“ greifen zu kurz.

Die Vielfalt der Interventionen ist zentral, weil es oft so dargestellt wird, als seien sie entweder humanitär, also moralisch geboten oder imperial, also eigennützig. Historisch waren sie jedoch oft beides zugleich, eine Mischung aus Sicherheitsinteressen, ökonomischen Erwartungen, ideologischen Projekten und moralischen Selbst- und Fremdbildern. Häufig werden Interventionen als Schutz von Leben, Eigentum, Stabilität, Demokratie und Menschenrechten gerechtfertigt oder gar als im Eigeninteresse der Betroffenen legitimiert. In der Tat zeigt der rechtshistorische Blick eine grundlegende Spannung. Im klassischen Völkerrecht wurde ein Recht zur humanitären Intervention sogar mit militärischen Mitteln anerkannt, wenn ein Staat Leben und Freiheit der Menschen auf seinem Gebiet nicht schützen konnte oder wollte. Zugleich war der Missbrauch als Vorwand für Großmachtinteressen von Beginn an sichtbar.

Mit der UN-Charta von 1945 verschärfte sich das Problem, denn das universelle Gewaltverbot machte militärische Gewaltanwendung grundsätzlich unzulässig. Gleichzeitig gehört die Förderung der Menschenrechte zu den Zielen der UN. Daraus entstand eine rechtliche und politische Grauzone, in der sich Staatenpraxis, Moralphorik und Sicherheitslogik überlagern. In der Praxis lässt sich beobachten, dass bestimmte Eingriffe etwa zum Schutz von Menschenleben zwar nicht generell gerechtfertigt, aber im Einzelfall häufig toleriert wurden.

Für Lateinamerika ist das hoch relevant, weil sich diese Rechtfertigungsmuster hier seit dem 19. Jahrhundert wiederkehrend finden: die Rettung von Staatsangehörigen, der Schutz von Ordnung, später Demokratie oder Menschenrechten. Die moralische Grammatik konnte ernst gemeint sein und zugleich strategisch genutzt werden. Die Geschichte des US-Interventionismus ist daher auch eine Geschichte der Legitimation. Wer definiert die Notlage? Wer erklärt das Eingreifen für „notwendig“? Wer kontrolliert Mittel und Folgen? Und wer trägt die Kosten?

Eine Grundlage des US-amerikanischen Interventionismus wurde bereits während des Unabhängigkeitskampfes der lateinamerikanischen Staaten gelegt. Die nach Präsident James Monroe benannte Doktrin von 1823 steht für den Anspruch, dass die Amerikas eine besondere Sphäre seien, eine Ordnungsidee, die ursprünglich gegen europäische Rekolonisierungspläne gerichtet war, aber langfristig auch als Deutungsrahmen für US-amerikanische Vormacht diente. Das Wort von Lateinamerika als „America's backyard“, als Hinterhof der USA, entstand in diesem Zusammenhang. Präsident Donald Trump nahm das mehr als 200 Jahre alte Dogma Monroes wieder auf und ergänzte es um das Trump-Corollary, das einen demonstrativen, unilateral auftretenden Hegemonialstil propagiert und alte Interventionsmuster rhetorisch wie praktisch wieder aufgreift.

Lange dominierte eine Forschungstradition, die US-amerikanische Interventionen vor allem aus Sicht Washingtons zunächst affirmativ, später kritisch beschrieb.³ Dieses Buch nimmt demgegenüber die Perspektive der Region Lateinamerika ernst, ohne US-Motive zu vernachlässigen. Denn das Gesamtbild wird erst erkennbar, wenn man die Wechselbeziehungen berücksichtigt. Interventionen verändern die betroffenen Gesellschaften und auch die intervenierende Macht, ihre Institutionen, Narrative, Selbstbilder und die Grenzen des Sagbaren. Dabei wird Lateinamerika nicht als homogene Einheit behandelt. Der Begriff beschreibt eine Region, die seit Mitte des 19. Jahrhunderts so benannt wird, deren innere Unterschiede aber enorm sind. Gerade diese Vielfalt erklärt, warum Interventionismus

nie überall gleich funktioniert und warum regionale Akteure wiederholt Spielräume fanden, die US-Politik zu beeinflussen, zu nutzen oder zu blockieren.

Der Aufbau des Buches folgt dem historischen Wandel der hemisphärischen Ordnungsvorstellungen und verbindet dabei politische, ökonomische, rechtliche und kulturelle Ebenen. Ausgangspunkt sind die Vorgeschichten, die kolonialen Prägungen, die Unabhängigkeitsepoche und jene frühen US-Selbstverortungen, aus denen sich die Idee einer besonderen Sphäre der Amerikas herausbildete, die mit der Monroe-Doktrin in den USA und dem Aufruf zum Panamerikanischen Kongress durch Simón Bolívar in den 1820er Jahren ihren ersten Höhepunkt erreichte. Daran anschließend wird gezeigt, wie die Monroe-Doktrin, die zunächst als Abgrenzung gegen europäische Interventionen formuliert wurde, sich schrittweise in einen Deutungsrahmen verwandelte, innerhalb dessen die USA eine wachsende Führungs- und Zugriffserwartung gegenüber Lateinamerika entwickelten. Die ersten US-amerikanischen Interventionen in Lateinamerika fanden Mitte des 19. Jahrhunderts statt. Parallel dazu entwickelte sich die Vorstellung vom „Manifest Destiny“, der „offensichtlichen Vorsehung“ der USA, den Kontinent zu beherrschen. Daraus entstand ein Expansionismus, der, begleitet vom wirtschaftlichen Aufschwung, im Krieg von 1898/99 gipfelte.

In der Hochphase des Interventionismus im frühen 20. Jahrhundert rückten dann die klassischen Interventionsformen wie militärische Eingriffe, Besatzungen, Blockaden und die Verbindung von „Ordnung“ und „Schutz“ als wiederkehrendes Legitimationsmuster in den Blick. Die folgenden Kapitel zeichnen nach, wie diese Praktiken im Zeichen der „Good Neighbor“-Politik partiell zurückgenommen wurden, ohne dass der Einfluss verschwand. Stattdessen verschoben sich die Instrumente hin zu indirekter Steuerung über Diplomatie, wirtschaftliche Hebel und kulturelle Programme und damit zu einer weniger offenen, aber oft ebenso wirksamen Hegemonie.

Einen weiteren analytischen Schwerpunkt bildet die Zeit des Kalten Krieges, in der Antikommunismus zur Legitimationsmaschine wurde und Interventionismus sich in verdeckten Operationen, Sicherheitsdoktrinen, Bündnisarchitekturen und Entwicklungsversprechen verdichtete. Von dort aus führt die Darstellung in die Konstellation nach 1990, in der Demokratie- und Menschenrechtsrhetorik, neoliberale Ordnungsmodelle und neue multilaterale Formate einerseits den Ton veränderten, andererseits aber alte Muster in neuen Kleidern fortgesetzt wurden. Der Ausblick bündelt diese Linien und fragt, wie sich der Weg von Monroe zu Trump als Geschichte von Kontinuität und Wandel lesen lässt. So entsteht eine Erzählung, die Interventionismus nicht nur als Abfolge von Ereignissen rekonstruiert, sondern als konflikthafte Ringen um Legitimität, Ordnung und Handlungsspielräume auf dem amerikanischen Doppelkontinent.

Kapitel 1

Kolonialreiche und die Erfindung einer amerikanischen Sphäre

Die Geschichte der Beziehungen zwischen Nord und Süd in den Amerikas beginnt lange vor Kolumbus. Der Doppelkontinent war über Jahrtausende von Wanderungen geprägt. Aus dieser langen Vorgeschichte ging eine außerordentliche Vielfalt von Kulturen hervor, von Jäger- und Sammlergesellschaften bis zu komplexen Reichen. Gerade im mesoamerikanischen Raum und im angrenzenden Südwesten der heutigen USA bestanden weitreichende Kontakte, Austausch von Gütern, Migration und Konflikte. Das ist mehr als eine Vorbemerkung. Wer Interventionen in Lateinamerika verstehen will, muss sich vergegenwärtigen, dass spätere europäische Ansprüche auf Herrschaft häufig mit dem Bild eines vermeintlich ungenutzten Raums operierten. Dieses Bild stand von Anfang an im Widerspruch zu den realen gesellschaftlichen Ordnungen, die dort existierten.

Koloniale Gegensätze

Mit der Ankunft der Europäer ab 1492 änderte sich die Grundkonstellation radikal. Eroberung, Zwang und die massenhafte Verdrängung oder Tötung der indigenen Bevölkerung wurden zu Strukturmerkmalen der neuen Ordnung. Kolumbus gab den sehr unterschiedlichen Ethnien eine Sammelbezeichnung, Indios, und machte damit eine Wahrnehmungsweise salonfähig, die Vielfalt in eine einzige Kategorie presste. Früh wurde die Expansion militärisch, juristisch und religiös abgesichert. Die spanische Krone suchte die diplomatische Legitimierung ihrer Besitzansprüche im Westen, und der Papst bestätigte ihr das Missionsrecht. In dieser Logik war das Land der Heiden Missionsgebiet, das einem christlichen Herrscher zugewiesen werden konnte. Mission und Herrschaft wurden so zu

zwei Seiten derselben Medaille. Dazu kam eine machtpolitische Ordnung, die die Welt verteilte, bevor man sie überhaupt kannte. Mit dem Vertrag von Tordesillas (1494) zogen Spanien und Portugal eine gedachte Trennlinie ihrer Expansionsgebiete. Westlich sollte Spanien herrschen, östlich Portugal. Ohne es zu wissen, erhielten die Portugiesen Ansprüche auf Ostbrasilien, während Spanien sich den Seeweg nach Asien sichern wollte und ebenfalls ohne es zu wissen einen ganzen Kontinent zugeschrieben bekam.

Die Erkenntnis, dass es sich um einen neuen Kontinent handelte, setzte sich zu Beginn des 16. Jahrhunderts durch. 1507 tauchte der Name Amerika auf, und mit ihm entstand eine semantische Bühne, auf der die Alte Welt ihre politischen Konflikte neu austrug. Der Begriff Neue Welt suggerierte Einheit, doch die Realität war plural. In manchen Räumen gelang der spanischen Krone eine intensive Siedlungskolonisation, anderswo blieb sie auf Missionen und Stützpunkte begrenzt, etwa in Teilen des heutigen Südwestens der USA oder in Florida. In Brasilien konzentrierten sich portugiesische Aktivitäten lange auf die Küste. Für beide iberischen Kronen waren die amerikanischen Territorien vor allem Quellen des Reichtums, von Edelmetallen und später Agrarprodukten, mit denen man Staatshaushalte und Kriege in Europa finanzierte. So wurden die Amerikas Teil eines atlantischen Systems, in dem die Interaktion nicht nur im Land stattfand, sondern auch über Handelsregime, Flottenpolitik und Finanzströme.

Die iberischen Monopolansprüche bestanden im Laufe der Zeit nur noch in der Theorie, denn Frankreich und England griffen in den amerikanischen Raum aus, zunächst zögerlich, dann systematisch. Schon 1497 stand eine symbolische Inbesitznahme in Nordamerika durch John Cabot in englischen Diensten als Bezugspunkt für spätere Ansprüche. Unter Elisabeth I. nahm die englische Politik Kurs auf das Brechen der spanischen Vorherrschaft. Es ging um Reichtum, um Handelsvorteile und um Siedlungsprojekte. Eine wichtige Rolle spielte der konfessionelle Gegensatz. England inszenierte sich als protestantische Gegenmacht zum katholischen Universal-

anspruch, bot sich indigenen Gruppen als möglicher Verbündeter an und legitimierte damit eigene Eingriffe. Wo die spanische Krone die christliche Mission als Rechtfertigung nutzte, nutzte England die Vorstellung, Spaniens Macht müsse begrenzt und seine Herrschaft delegitimiert werden.

Der karibische Raum wurde früh zum Labor von Auseinandersetzungen, die zwischen staatlicher Politik und privater Gewalt oszillierten. John Hawkins betrieb ab 1562 illegalen Sklavenhandel, finanziert durch englische Kaufleute und später auch durch die Krone. Francis Drake plünderte spanische Häfen, überfiel Städte und machte den Krieg um die Seewege zur Bühne englischer Selbstbehauptung. Der Konflikt mündete in dem offenen Krieg zwischen Spanien und England, der im erfolglosen Unternehmen der Armada von 1588 gipfelte. Doch auch englische Großunternehmungen gegen das spanische Imperium blieben riskant. In dieser Phase entstand ein Prinzip, das für die spätere US-amerikanische Selbstverortung im amerikanischen Raum als Vorläufer gelesen werden kann. Europäische Mächte sprachen de facto dem transatlantischen Raum eine Sonderstellung zu, in der europäische Friedensverträge nur eingeschränkt galten. In der griffigen Formel „kein Frieden jenseits der Linie“ lag die Vorstellung, dass es Räume gebe, in denen andere Regeln herrschten. Die Amerikas wurden zu einem Schauplatz, auf dem Gewalt, Kaperung und Plünderung als Normalität gelten konnten, ohne automatisch den Frieden in Europa zu sprengen.

Aus spanischer Sicht waren vor allem die Kleinen Antillen problematisch, weil sie nie flächendeckend besetzt wurden. Hier etablierten sich die Rivalen relativ leicht. Englische Stützpunkte entstanden ab den 1620er Jahren auf Barbados, Barbuda und weiteren Inseln. Schmuggel florierte, weil das spanische Handelsmonopol Mangel produzierte und lokale Beamte oft wegschauten. Zugleich entwickelte sich mit dem Zucker eine Plantagenökonomie, die auf der Arbeit versklavter Afrikaner beruhte und die Karibik dauerhaft prägte. Die Durchsetzung der Sklaverei formte diesen Raum entscheidend um. Dazu kamen Vorstöße auf dem mittelamerikanischen Festland, etwa